

16.25

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Elisabeth Köstinger: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Kampf gegen den Klimawandel hat für uns, speziell in meinem Ministerium, höchste Priorität. Wir haben dazu gemeinsam mit Bundesminister Hofer und seinem Haus die integrierte Klima- und Energiestrategie auf den Weg gebracht, mit der wir vor allem Österreichs Beitrag zur CO₂-Reduktion festgeschrieben und einen sehr ambitionierten Weg eingeschlagen haben, vor allem auch, was die Transformation unseres Energiesystems betrifft, was Gebäude betrifft, was die Hauptemittenten und somit eben auch Verstärker des Klimawandels betrifft.

Wir sehen, dass die Auswirkungen des Klimawandels mittlerweile überall spürbar sind und wirklich überall wahrgenommen werden können. Wir haben lang anhaltende Perioden der Trockenheit und auch der Hitze. Es gibt immer wieder auch zu sehr ungewöhnlichen Zeitpunkten Frostschäden; das wurde auch bereits erwähnt. Speziell dieses Jahr 2018 hat für die Landwirtschaft Schäden in Millionenhöhe mit sich gebracht. Wir müssen daher vor allem jene unterstützen, die unter freiem Himmel in der Natur arbeiten und wirtschaften und deren Lebensgrundlage dieses Miteinander mit der Natur ist.

Im Ackerbau beispielsweise liegen die Ausfälle heuer bei 10 bis 15 Prozent. Ganz massiv und auch erstmals in diesem Ausmaß ist speziell das Grünland betroffen. Regional gibt es einen Ausfall von bis zu 40 Prozent der Ernte. Das bedeutet, und auch das wurde heute bereits ausgeführt, zum Teil wirklich eine Existenzbedrohung für die Betriebe.

Wir verstärken Anreize, damit sich Bäuerinnen und Bauern in Österreich zu leistbaren Bedingungen selbst versichern und somit Risikovorsorge betreiben und so Hilfe zur Selbsthilfe nutzen können. Dieser Initiativantrag beinhaltet die Erhöhung der Förderung der Versicherung gegen alle Elementarrisiken von 50 auf 55 Prozent und die Ausweitung der Versicherungsprämienförderung auf Tierversicherungen. Dafür kommt die Finanzierung zur Hälfte vom Bund, aus dem Katastrophenfonds, und die anderen Mittel kommen von den Bundesländern. Das bedeutet jährlich rund 23 Millionen Euro zusätzliche Fördermittel zur Unterstützung der Risikovorsorge, damit die Bäuerinnen und Bauern sich in Zukunft stärker selbst schützen können.

Ich freue mich sehr über Ihre Zustimmung zu diesem Initiativantrag, weil das wirklich auch den bäuerlichen Familienbetrieben zugutekommen wird und wir die Anwendung der geänderten Förderbedingungen so bereits ab 2019 starten können. – Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

16.28

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Höfinger. – Bitte.